



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mai/ Juni 2007

Liebe Leserinnen und Leser,



"Wir brauchen einander", so lässt sich die wesentliche Erkenntnis des G8-Gipfels in Heiligendamm zusammenfassen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach zu Recht von einem erfolgreichen Gipfel und wies auf die weit reichenden Beschlüsse hin, auf die sich die Staats- und Regierungschefs geeinigt haben: vom Klimaschutz über die Afrika-Politik bis zum angestoßenen "Heiligendamm-Prozess" (hiermit ist eine stärkere Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den G8-Staaten und den fünf großen Schwellenländern gemeint).

Als amtierende G8-Präsidentschaft wird die Bundesregierung nun bis zum Ende des Jahres die angestoßenen Prozesse moderieren und aktiv begleiten. Der Gipfelerfolg zeigt, dass der Aufwand für das Treffen gerechtfertigt war. Kommunikation und Vertrauensbildung sind die Grundlage dafür, dass die G8-Staaten ihre globale Verantwortung wahrnehmen können. Das Zusammenwachsen der Gesellschaften bedarf einer Gestaltung - Globalisierungsverweigerung ist keine Antwort. Europa muss in dieser Entwicklung eine tragende Rolle spielen.

Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Die Mitgliedstaaten müssen ihre Bemühungen um gute Wasserqualität verstärken, um bis 2015 eine gute Wasserqualität in allen Flüssen, Seen, Einzugsgebieten, Küstengewässern und Grundwassern zu erreichen. Das hat die Kommission in einem Bericht über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den Mitgliedsstaaten festgestellt. Dabei geht es unter anderem um eine unzureichende Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht und eine erhebliche Verzögerung bei einigen Mitgliedsstaaten, ökonomische Instrumente in ihre Wassermanagementsysteme einzubeziehen. Des Weiteren berichtet die Kommission, dass – vor der Erweiterung von 2004 – nur 51%

aller Behandlungsanlagen in der EU die Auflagen der Richtlinie für die Behandlung von kommunalem Abwasser erfüllt haben. Außerdem musste die Kommission feststellen, dass die Nitratrichtlinie in zahlreichen Mitgliedsstaaten nur unzureichend umgesetzt wurde und die Verschmutzungsgrade innerhalb der EU erheblich variieren.

Die Kommission hat eine "Sonnenlandkarte" veröffentlicht, die das Photovoltaik-Potenzial europaweit aufzeigt. Die Karte erlaubt eine Berechnung der Energiemenge, die an einem beliebigen Standort Europas erzeugt werden kann. Das Instrumentarium soll helfen, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 auf 20% zu erhöhen.

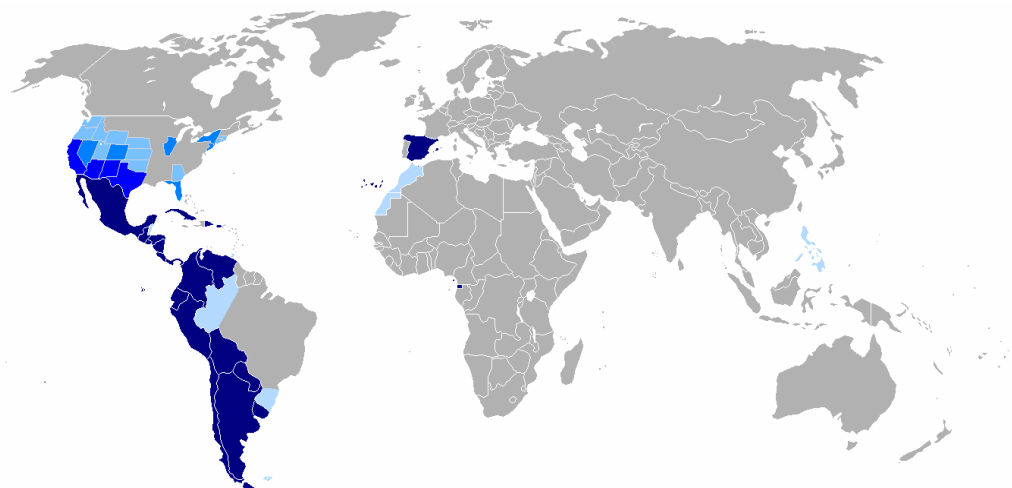
Das Beihilfeverfahren wird vereinfacht. Dafür wird die so genannte Gruppenfreistellungsverordnung überarbeitet und ihr Anwendungsbereich erweitert. Im Ergebnis werden damit mehr Beihilfen von der im EG-Vertrag vorgesehenen Anmeldepflicht freigestellt, als es derzeit der Fall ist. So sollen die Mitgliedsstaaten künftig nicht mehr verpflichtet sein, Beihilfen, die unter diese Verordnung fallen und die darin festgelegten Voraussetzungen erfüllen, bei der Kommission anzumelden und vor Gewährung der Beihilfen die Genehmigung der Kommission abzuwarten. Sie könnten ihre Beihilfemaßnahmen vielmehr sofort umsetzen. Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens sind Stellungnahmen zum Verordnungsentwurf bis zum 3. Juni 2007 möglich.

Parlament und Rat haben sich im Vermittlungsausschuss über Life+ geeinigt. Danach beläuft sich das Gesamtbudget für den Zeitraum 2007-2013 auf 1,894 Mrd. €. 78% des Budgets stehen für direkte Projektförderungen den Mitgliedsstaaten selbst zur Verfügung, wobei der Kommission die Auswahl der zu fördernden Projekte obliegt. Die verbleibenden 22% werden von der Kommission für Querschnittsaufgaben (Folgenabschätzungen, Kommunikation etc.) verwendet. Life+ gliedert sich in die Programmbereiche „Natur und biologische Vielfalt“, dafür sollen mindestens 50% der direkten Förderungen bereitgestellt werden, „Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“.

Was im Bargeldverkehr mit dem Euro Realität ist, soll nun auch im bargeldlosen Zahlungsverkehr erreicht werden. Das Projekt für einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum läuft unter der Bezeichnung "SEPA" (Single Euro Payments Area). Der paneuropäische Zahlungsverkehr soll ab 2008 realisiert und damit grenzüberschreitend für Privat- und Unternehmenskunden Kreditkartennutzungen, Überweisungen oder Lastschriftverfahren, einfacher, schneller und kostengünstiger werden. Die Auswirkungen für Handel, Banken, Verbraucher und vor allem auch Urlauber sind erheblich. Der Vorgang birgt möglicherweise größere Herausforderungen, als die Euroumstellung. Unabhängig der Kosten für die Bankwirtschaft erwarten Fachleute von SEPA einen Produktivitätsschub, der die volkswirtschaftlichen Kosten jährlich um 50 bis 100 Milliarden Euro senken kann.

Jedem 10. Unternehmen gehen mangels Fremdsprachenkenntnisse Aufträge verloren. Das hat eine Studie im Auftrag der Kommission ermittelt. Die Untersuchung zeigt, dass ein klarer Zusammenhang besteht zwischen Fremdsprachenkenntnissen und Exporterfolgen. Die Ergebnisse der Untersuchung deuten allerdings darauf hin, dass die Realität viel komplexer ist, als die oft zitierte Ansicht, dass Englisch die Weltsprache schlechthin ist. In Osteuropa ist Russisch weit verbreitet (neben Deutsch und Polnisch). In weiten Gebieten Afrikas ist Französisch die Handelssprache und Ähnliches gilt für Spanisch in Lateinamerika.

Bild:
Die spanischsprachige Welt reicht heute bereits bis weit nach Nordamerika



Das Parlament hat die Verordnung über den Öffentlichen Personennahverkehr neu gefasst. Damit ist ein siebenjähriges Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss gekommen. Nach der Neuregelung können die Kommunen entscheiden, ob sie ÖPNV-Dienste selbst (als so genannte interne Betreiber) erbringen oder (extern) für den Wettbewerb öffnen wollen. Allerdings dürfen die öffentlichen Monopolbetriebe als interne Betreiber nicht im freien Wettbewerb in anderen Gebieten mit privaten Unternehmen in Konkurrenz treten. Auch eine Direktvergabe, etwa an kleine und mittlere Unternehmen, soll möglich sein. Die Verordnung soll zwei Jahre nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten.

Es gibt ein Online-Informationstool über die wichtigsten Steuern in den EU-Mitgliedsstaaten. Die Datenbank „Steuern in Europa“ umfasst alle von den Einnahmen her bedeutsamen Steuern, darunter Einkommens-, Unternehmens-, Mehrwert- und Verbrauchsteuern. Daneben enthält die Datenbank Angaben zu den wichtigsten Sozialversicherungsabgaben.

Der Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt funktioniert nicht. Das ist die zentrale Feststellung einer Studie, die die Beratungsfirma London Economics in Zusammenarbeit mit Global Energy Decisions erstellt hat. Die von der Kommission am 20. April 2007 vorgestellte Studie setzt sich detailliert mit den Großhandelsmärkten für Elektrizität in sechs EU-Mitgliedsstaaten (BE, D, ES, F, NL und UK) auseinander und umfasst den Zeitraum von 2003 bis 2005. Die Studie ermittelt simulierte Wettbewerbspreise (Preise bei funktionierendem Wettbewerb) und berechnet für einige Mitgliedsstaaten die Differenz (den sogenannten "Mark-up") zwischen dem tatsächlichem Marktpreis und dem hypothetisch ermittelten Wettbewerbspreis. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die „Mark-ups“ je nach Zeitpunkt und Mitgliedsstaat unterschiedlich seien, wobei in D, NL und ES die Mark-ups im Allgemeinen höher, in UK und NL dagegen niedriger ausfielen. Zuletzt wird eine Beziehung zwischen dem Konzentrationsgrad (Anzahl der Wettbewerber) und den „Mark-ups“ hergestellt. Danach zeige sich, dass ein statistischer Zusammenhang zwischen der Anzahl der Stromerzeuger und den Mark-ups besteht.

Rund 7 Milliarden Euro stehen für den Bildungsaustausch in Europa bereit. Das wurde beim Startschuss für das europäische „Programm für lebenslanges Lernen“ bekannt. Als Nachfolger der Programme Sokrates, Leonardo da Vinci und eLearning wird das gesamte Spektrum des Lernens vom Kleinkind- bis zum Rentenalter abgedeckt. EU-Bürger/innen werden bei Studien-, Ausbildungs- und Lehraufenthalten im Ausland unterstützt und die Mobilität zwischen Bildungseinrichtungen in der EU gefördert.

"Was Hänschen nicht lernt..." - Die Grundlagen des lebenslangen Lernens müssen früh gelegt werden. Dies ist ein Ziel der EU-Lernprogramme.



Pressemitteilungen

1.) Verwendung von EU-Mitteln wird durch neue Finanzvorschriften erleichtert

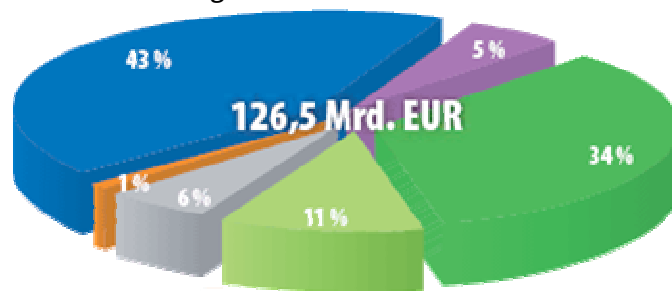
Die Europäische Kommission hat ihre Durchführungsvorschriften für die Ende letzten Jahres überarbeitete Haushaltsordnung herausgegeben. Der CDU-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Reimer Böge, zeigte sich zufrieden mit den neuen Vorschriften: "Nur der

Initiative des Europäischen Parlaments ist es zu verdanken, dass nach über zwei Jahren intensiver Arbeit die Kommission schließlich ein brauchbares und umsetzbares Regelwerk vorgelegt hat." Die neuen Regeln, so Böge, vereinfachten den Zugang zu EU-Beihilfen, reduzierten den allgemeinen Verwaltungsaufwand und sorgten mit einer namentlichen Aufzählung aller Empfänger von EU-Geldern für mehr Transparenz.

Durch die Vereinfachung der Verfahren soll besonders kleine und mittlere Unternehmen, Schulen, Universitäten, Forschern, Entwicklungsagenturen und Kommunen, der Weg zu Beihilfen der EU einfacher gemacht werden. Reimer Böge betont die positive Wirkung der neuen Regeln für die Wirtschaft und Bildung in Schleswig-Holstein. Gerade für Erstbewerber und Newcomer ist auf der Internetseite der Generaldirektion Haushalt der Kommission ein "Information Pack" abrufbar, das umfangreiche Informationen zu Beihilfen bietet. Weitere Vereinfachungen bestehen außerdem in der Verringerung des Dokumentationsaufwandes bei Finanzhilfen. Der Grenzwert soll nun bei 25.000 Euro liegen. Außerdem soll die Kofinanzierung in Form von Arbeitsleistung in Zukunft möglich sein und der Schwellenwert für vereinfachte Verfahren von bisher 50.000 auf nun 60.000 Euro angehoben werden. Bei Finanzhilfen unterhalb dieses Schwellenwerts soll auf die bisherigen finanziellen Garantien (nach einer Risikoanalyse) verzichtet werden.

In seine positive Bewertung stellt der CDU-Abgeordnete Böge abschließend den Zusammenhang zwischen der mehrjährigen Finanzrahmen der EU und den neuen Durchführungsvorschriften dar: "Die EU startet in diesem Jahr eine neue Reihe von Programmen mit einem Volumen von 975 Milliarden EUR für den Zeitraum 2007-2013. Einen nicht unbedeutenden Teil dieser Mittel hat das Parlament in schwierigen Verhandlungen mit Rat und Kommission durchgesetzt. Die jetzigen Finanzverwaltungsvorschriften werden den Zugang zu diesen neuen Mitteln einfacher und transparenter machen. So ist die aktuelle Reform als direkte Antwort auf unseren Verhandlungserfolg vor zwei Jahren zu sehen."

Abbildung: EU-Haushalt 2007 nach Kategorien



43% Nachhaltiges Wachstum
Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit
Den Zusammenhalt der Regionen stärken

11% Entwicklung des ländlichen Raums und
Umweltschutz

1% Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und
Recht
Schutz der Gesundheits- und Verbraucherrechte;
Förderung des öffentlichen Dialogs
Das Leben in Europa sicherer machen

34% Reform der europäischen Landwirtschaft
und Sicherung einer hohen Qualität

6% Sonstige Ausgaben, einschließlich Verwal-
tungsausgaben

5% Ein globaler Partner
Förderung einer nachhaltigen Entwicklung
und Einsatz für Frieden und Sicherheit welt-
weit

2.) Europaparlament setzt verbraucherfreundliche Mobilfunkgebühren durch

Mobilfunkgespräche im Ausland (Roaming) werden bald günstiger. Wie der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge dazu in Straßburg mitteilte, habe das Europäische Parlament auf seiner heutigen Plenarsitzung mit breiter Mehrheit für einen entsprechenden Bericht gestimmt. Mobilfunkbetreiber würden erstmals gesetzlich zu niedrigeren Gesprächspreisen verpflichtet. "Der Markt hatte sich in den letzten Jahren beim Roaming kaum entwickelt", fasst

der Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) die bisherige Situation zusammen. "Nun sorgt die Politik bzw. das Europäische Parlament für günstigere Preise, die allen europäischen Bürgern zu gute kommen." Wie Böge weiter dazu mitteilte, habe das Europäische Parlament die Einführung eines verpflichtenden Euro-Tarifes beschlossen. Dieser solle für alle Kunden in allen 27 EU-Mitgliedstaaten gelten und eine Obergrenze für die Minutenpreise festlegen. Diese Obergrenze sei über drei Jahre gestaffelt und solle bei selbst getätigten Anrufen im ersten Jahr 49, im zweiten Jahr 46 und im dritten Jahr 43 Cent betragen. Für im Ausland angenommene Anrufe sollten diese Obergrenzen analog bei 24, 22 und 19 Cent liegen. Die nationale Mehrwertsteuer würde hinzuge-rechnet werden. Der neue Euro-Tarif solle spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der heute beschlossenen Verordnung allen Mobilfunkkunden angeboten werden, so sie nicht schon günstige-re Tarife hätten. Die Laufzeit der EU-Regelung sei zunächst auf drei Jahre begrenzt. "Die restriktive Regulierung soll nur ein Anschubinstrument sein", so Böge, "einen dauerhaften Wettbewerb mit attraktiven Angeboten für die Nutzer muss der Markt erbringen. Ab Herbst sind die neuen Tarife in der Praxis dann auch für alle deutschen Grenzgänger in ganz Europa verfügbar", so Böge, der Vor-sitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments ist. "Egal, ob sich der schleswig-holsteinische Bürger als Urlauber in Spanien befindet oder als Arbeitnehmer in Dänemark, er wird von der neuen Regelung profitieren", betont Reimer Böge abschließend.

3). Mitentscheidung des Parlaments bei der Finanzierung von Galileo muss sichergestellt sein

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Rei-mer Böge (CDU/D), muss das volle Mitspracherecht des Parlaments bei der zukünftigen Finanzie-rung des EU-Satellitennavigationsystems Galileo gewahrt bleiben. "Dies bedeutet, dass eine Misch-finanzierung aus EU-Mitteln und Mitteln, die auf intergouvernementaler Ebene beschlossen wer-den, von uns abgelehnt wird", erklärte Böge heute in Brüssel.

Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hatte in einer entsprechenden Resolution einstimmig für eine Finanzierung von Galileo aus EU-Mitteln und damit in der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gestimmt. Derzeit sei von den erwarteten Gesamtkosten in Höhe von mindestens 3,5 Milliarden Euro bereits eine Milliarde Euro in der mittelfristigen Finanzplanung fest als Anschubfinanzierung eingeplant. Hinzu kommen weitere 350 Millionen Euro aus dem 7. For-schungsrahmenprogramm der Europäischen Union.

"Das Parlament ist zudem bereit, eine strikt auf das Projekt Galileo begrenzte Revision der mittel-fristigen Finanzplanung vorzunehmen, weil es sich bei diesem herausragenden Technologievorha-ben um ein Projekt des europäischen Mehrwerts handelt", so der Vorsitzende des Haushaltsaus-schusses weiter. "Dies ist zugleich ein deutliches Zeichen, dass wir die Einheitlichkeit des europäi-schen Haushalts bewahren wollen. Wir sind deshalb gegen eine Rückkehr zur zwischenstaatlichen Finanzierung außerhalb des EU-Haushalts, die eine gefährliche Entwicklung bedeuten würde und im Gegensatz zur weiteren Vertiefung der Europäischen Union stehen würde", betonte der CDU-Europaabgeordnete abschließend.

Terminauswahl:

19.04.	Veranstaltung mit Old Tablers Deutschland; Quickborn
21.04.	Schleswig-Holstein-Tag Junge Union, Schwerpunkt: Klimapolitik; Schönberg/ Holm
23.04.	Treffen mit Verkehrskommissar Barrot, Straßburg
24.04.	Treffen mit Haushaltskommissarin Grybauskaitė, Straßburg
24.04.	Treffen mit der Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspo-litik Benita Ferrero Waldner, Straßburg
24.04.	Abendessen mit Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
25.04.	Treffen mit Karen AbuZayd Generalkommissarin der UNRWA für Palästina

27.04	Infotour "Europa wird 50", Gespräch mit Schulklassen, Kiel
02.05.	Konzert Schleswig-Holstein Festival Orchester, Brüssel
04.05.	Baltic Group- Vortrag zu Gemeinsamen Agrarpolitik, Gut Sierhagen/ Neustadt
07.05.	Arbeitsessen mit Horst Seehofer (Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Brüssel
09.09.	Eröffnungs-Rede, Zypern-Ausstellung, Brüssel
13.05.	Europa-Frühshoppen, Bergschlösschen/ Bad Segeberg
21.05.	Präsidiumssitzung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter, Bonn
22.05.	Gespräch mit Kommissionspräsidenten Barroso, Straßburg
04.06.	Treffen mit Kieler Stipendiaten, Brüssel
06.06.	Treffen mit Haushaltskommissarin Grybauskaité, Brüssel
08.06.	Rechtspolitisches Gespräch, IHK Kiel
12.06.	Arbeitsgruppe Europa, CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Berlin
19.06.	Treffen mit Janez Potocnik, Kommissar für Wissenschaft und Forschung, Brüssel
25.06.	Podiumsdiskussion mit Schülern des Sachsenwald-Gymnasiums Reinbek
26.06.	Gespräch mit Journalisten der Landespressekonferenz, Kiel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>